

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM ausgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis : 0,15 DM
Anm., Bekanntmachungen : 0,10 DM
Stellengehülse : 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 91

Halver, Mittwoch, den 19. April

1950

Höhepunkt des Berlin-Besuches Adenauers

Recht und Freiheit für Gesamtdeutschland

Westdeutschlands Dank an die Berliner und Ostzonen-Deutschen

dmt. Berlin, 18. April

Am dritten und letzten Tag seines Berliner Aufenthaltes hielt Bundeskanzler Dr. Adenauer um 11 Uhr im festlich geschmückten Titania-Palast seine mit großer Spannung erwartete politische Rede. Auf der Anfahrt wurde er in den angrenzenden Straßen von einer großen Menge mit Hochrufen und durch Tücherschwenken begrüßt. Beim Betreten des Saales erscholl lebhafter Beifall. Nachdem Oberbürgermeister Reuter den Kanzler begrüßt und an seinen Platz begleitet hatte, neben dem die Bundesminister Jacob Kaiser, Professor Erhard und Dr. Dehler saßen, betrat er sogleich die mit den Bundesfarben, den Flaggen der fünf Länder der Sowjetzone und den Farben der von Deutschland abgetrennten Ostgebiete geschmückte Bühne. Zunächst stattete der Bundeskanzler in herzlichen Worten seinen Dank für die freundliche Aufnahme in Berlin ab und erklärte, der Vortag sei sein schönster Tag ge-

gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Außerdem gebe Artikel 24 des Grundgesetzes die Ermächtigung, Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen zu übertragen. Kein Land der Welt habe eine so fortschrittliche Bestimmung in seine Verfassung aufgenommen. Was die

angebliche Hinnelung zur Sowjetunion

betreffe, so brauche er nur darauf zu verweisen, daß von 402 Abgeordneten des Bundestages nur 15 Kommunisten seien. Er glaube auch, daß sein Empfang in Berlin und bei der Belegschaft der AEG nur deshalb so herzlich gewesen sei, weil alle diese Menschen im Bestehen der Bundesrepublik einen Schutz gegenüber der östlichen Bedrohung erblickten.

Appell an die europäischen Staatsmänner

Zum Schluß appellierte Dr. Adenauer an die Einsicht der europäischen Staatsmänner, indem er an die weise Beschränkung erinnerte, die sich die Teilnehmer am Wiener Kongreß 1815 dem besiegten Frankreich gegenüber auferlegt hätten, die den Urheber des damaligen Leides in Europa als gleichberechtigten Partner behandelten. Ein föderatives Europa könne ein entscheidender Friedensfaktor für die ganze Welt werden. Er unterstrich seine Hoffnung und Zuversicht, daß einmal

allgemeine Wahlen in ganz Deutschland

möglich werden und auch die Bevölkerung der Ostzone die Einheit und Freiheit wieder erhalten werden.

Die dritte Strophe des Deutschlandliedes „Einigkeit und Recht und Freiheit“, die stehend gesungen wurde, beendete die Rede des Bundeskanzlers. Die SPD-Mitglieder des Aeltestenrates und die Angehörigen des SPD-Parteivorstandes, mit Ausnahme von Oberbürgermeister Reuter und Frau Louise Schröder,

sowie dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr, verließen vor dem Gesang den Raum. Oberbürgermeister Reuter und Louise Schröder sangen mit. Die unter den Ehrengästen anwesenden drei Westberliner Kommandanten erhoben sich beim Absingen des Deutschlandliedes nicht von ihren Plätzen.

Anschließend versicherte Oberbürgermeister Reuter, Berlin habe seine Wahl getroffen. Es brauche nicht mehr geprüft zu werden, ob es einer gesamteuropäischen Lösung würdig wäre.

Aus Bitten werden Forderungen

Bonner Themen: Besatzungsstatut und Kriegszustand

Von unserem Bonner Büro

dL. Bonn, 19. April

In Bonn erwartet man nach der Rückkehr des Bundeskanzlers aus Berlin und dem Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages eine Demarche der Bundesregierung zur Revision des Besatzungsstatutes. In politischen Kreisen ist man sich darüber einig, daß der Bundeskanzler die Revision unter allen Umständen noch vor der Entscheidung über den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat erreichen will, um auf diese Weise der Opposition im Bundestag „etwas zu bieten“,

USA beschuldigen die Sowjets

dmt. Washington, 18. April

Zu dem Flugzeugzwischenfall des US-Bombers, der bei Libau über sowjetisches Hoheitsgebiet eingeflogen sein soll und beschossen wurde, beschuldigen die USA in einer Antwortnote der Sowjets, das Flugzeug über der offenen See abgeschossen zu haben. In der Note wird eine genaue Untersuchung gefordert. Für das verlorengegangene Flugzeug wird Schadenersatz verlangt.

Das von den Sowjets abgeschossene USA-Flugzeug hatte vier Radar-Spezialisten und geheimes Radar-Material an Bord. Dieses Material war von einer Art, daß man es nicht in die Hände einer „nicht freundlich“ gesonnenen Nation fallen lassen dürfte. Deshalb ist es unwahrscheinlich, daß die Maschine riskiert hätte, sowjetisches Gebiet zu überfliegen.

Vorschläge zum Mitbestimmungsrecht

sind jetzt vom Deutschen Gewerkschaftsbund der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Unsere Leser finden eine ausführliche Uebersicht im Innern dieser Ausgabe.

wesen, den er als Bundeskanzler erlebt habe. Reichsbeschenkt kehre er an seine Arbeit nach Bonn zurück, eingedenk der vielen Wünsche und auch mancher berechtigter Klagen, die ihm in Berlin vorgetragen worden seien. Wenn diese oder jene Fragen noch nicht hätten gelöst werden können, so sei daran nicht böser Wille schuld. Die junge Bundesrepublik erfordere seine ganze Kraft und die größten und schwierigsten Aufgaben seien noch nicht bewältigt worden. Wörtlich wandte er sich dann wie folgt an die Berliner: „Wir haben ihnen bisher geholfen und werden ihnen weiter helfen. Wir werden das letzte daransetzen, um das wirtschaftliche Leben Berlins gesund zu machen, denn nur dadurch können wir Berlin in seinem politischen Kampf um die Freiheit, um wahre Demokratie und um die Menschenrechte stärken.“

Nachdem er im Namen der westdeutschen Bevölkerung den Berlinern für ihre Zähigkeit und für das Ausharren auf ihrem Posten gedankt hatte, gedachte er auch der 18 Millionen Deutschen, die in der Sowjetzone durch ihr Aushalten dem Westen und dem Deutschland einen noch nicht hoch genug einzuschätzenden Dienst erweisen. „Wir werden es ihnen niemals vergessen“, rief der Kanzler unter lebhaftem Beifall aus, der sich noch steigerte, als er fortfuhr, „daß wir dereinst wieder alle vereint in einem freien Staate leben werden.“

Europafrage — Deutschlandfrage

Indem der Bundeskanzler das Schicksal der Sowjetzone ansprach, leitete er zu den außenpolitischen Problemen über, an denen wir Deutsche gegenwärtig allerdings, wie er sagte, „nur in bescheidenem Maße mitwirken“ könnten. Von uns aus bestehe der dringende Wunsch, die Außenministerkonferenz im Mai in London möge sich intensiv mit der deutschen Frage beschäftigen, denn wenn man die Europafrage erfolgreich behandeln wolle, müsse man nichtens volens gleichzeitig die Deutschlandfrage behandeln. Amerikas Hoher Kommissar McCloy habe beim letzten Besuch in London erklärt, Deutschlands Nachbarn fürchteten nach zwei Weltkriegen das Wiedererstehen einer starken deutschen Wirtschaft, wenn sie nicht durch eine allgemeine Rechtsordnung vor rücksichtslosen Angriffen geschützt würden. Der Bundeskanzler betonte, er erhoffe von der Zeit eine mildernde Wirkung in dieser Hinsicht, jedoch müßten die Deutschen sich auch innerlich mit der Tatsache von Kontrollen abfinden. Diese dürften nur nicht den Eindruck erwecken, daß ihr Zweck die Niederhaltung des deutschen Wettbewerbes sei. Die Regelung der deutschen Frage dulde aber keinen Aufschub, und man sollte nicht die für den Herbst geplante

Revision des Besatzungsstatuts

abwarten, sondern mit Entschlossenheit und Entschiedenheit an die Regelung derjenigen Probleme gehen, die deutsch und europäisch gelöst werden müßten. Gegen unberechtigtes Mißtrauen unter Bezugnahme auf ausländische Presse-notizen, in denen zum Ausdruck gebracht wurde, die Bundesrepublik müßte erst beweisen, daß sie auch der Neigung zu Sowjetrußland entsagt habe, fragte Dr. Adenauer, was Westdeutschland eigentlich noch tun solle, um die Westmächte von seiner inneren Einstellung zu überzeugen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die Präambel zum Grundgesetz, in dem ausdrücklich betont sei, Deutschland wolle als

Wir sollen „wie die Teufel“ kämpfen

Liebenswürdiges Kompliment eines amerikanischen Generals

dmt. Washington, 18. April

Welche Vorstellung man sich in manchen Kreisen der USA von der Bereitschaft der Deutschen macht, ihre Haut für andere zu Markte zu tragen, bewies der frühere amerikanische Heeresgruppenkommandeur, General Jacob Deyvers, der sich für eine Bewaffnung der Bundesrepublik aussprach. Er meinte, wenn es zum

Krieg käme, würden die Westdeutschen „gern für uns kämpfen unter amerikanischen Offizieren gegen die Russen.“ Von der Tapferkeit der Deutschen war General Deyvers offensichtlich tief beeindruckt. Er hatte im zweiten Weltkrieg mit seiner Leeresgruppe am Einmarsch in Deutschland teilgenommen. Aus seinen Erfahrungen plauderte er nur aus: „Sie können kämpfen wie die Teufel.“

Gibt es für arme Schlucker kein Recht?

„Sagen sie das einmal den Beamten!“ rief der Bundesfinanzminister Schäfer im Bundestag bei einer Aussprache über den Artikel 131. Er meinte aber damit nicht etwa die 650 000 verdrängten Beamten und entlassenen Offiziere, vor deren Ansprüche er sich als Wahrer des Rechtes schützend stellte. Nein, er meint die diensttuenden Beamten, denen man nach seiner Rechnung 20 Prozent ihres Gehaltes wegnehmen müsse, wenn man die Ansprüche der 650 000 erfüllen wolle.

Sein Ausspruch beweist, daß er einen solchen Gehaltsabbau für unmöglich und unzumutbar hält. Den 650 000 hat man allerdings seit fünf Jahren ganz andere Dinge zugemutet, von der Entziehung und moralischen Entwürdigung angefangen bis zum sozialen Abstieg, zur Verelendung und zum tatsächlichen Hunger ganzer Familien. Vielleicht aber glaubt mancher, daß der holzhackende Universitätsprofessor, der mit einem Bauchladen durch die Straßen ziehende Ministerialrat und der als Bote laufende Oberstleutnant sich inzwischen an ihren Zustand gewöhnt haben und darum keiner besonderen Beachtung und Rücksichtnahme mehr bedürfen.

Dieser Glaube ist ein Irrtum, der einmal recht schwerwiegende Folgen haben könnte. Doch selbst wenn es kein Irrtum wäre, bliebe die Forderung des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit, um deren willen eine Regierung auch den Mut zu unpopulären Maßnahmen haben muß. Minister Schäfer möge sich ein Beispiel an der Labour-Regierung nehmen, die in den vergangenen vier Jahren ihren Anhängern in den Gewerkschaften die schwersten Auflagen gemacht und vor keiner Streikdrohung zurückgewichen ist.

Man ist ja auch nicht zartnervig bei der Eintreibung der Soforthilfe-Abgabe von alten Grundrentnern, bei der Ueberprüfung von Versehrtenunterstützung, bei der Berechnung der Arbeitslosengelder, kurz überall da, wo es sich ohnedies um arme Schlucker handelt. Bei Beamten könnte

man den Abzug staffeln. Minister kriegten eben 30 Prozent abgezogen und ihre Sekretäre 8 Prozent; bei den „Preußen“ hat man es nach 1806 so ähnlich gemacht.

Vielleicht sind 20 Prozent aber gar nicht notwendig. Vielleicht genügt es zunächst einmal, die gänzlich unverständliche und durch nichts zu rechtfertigende Aufhebung der Brüningschen Notverordnung, von der man bezeichnenderweise in der Öffentlichkeit so gut wie nichts erfahren hat, wieder rückgängig zu machen. Kein Verantwortlicher in der Rumpfrepublik wird behaupten können, daß die heutige Finanzlage besser sei als 1931/32 oder daß ein Beamter infolge der Notverordnungen verhungert wäre.

Außerdem sollten die kommenden Landtagswahlen mit anschließender Regierungsneubildung endlich Anlaß zum Abbau der maßlos aufgeblühten Regierungs-Apparatur geben. Von den 110 Ministern sind mindestens ein Drittel mit ihrem gesamten Anhang von Ministerialräten und sonstigen Oberbeamten entbehrlich. Schließlich sind Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Südwürttemberg einmal simple Provinzen mit einem Oberpräsidenten an der Spitze gewesen. Und es ging auch.

Sparen meine Herren! Von den Abgeordneten-Diäten bis zu den Gasthäusern, damit der Bundesfinanzminister nicht zum zweiten Male den Mangel an finanziellen Mitteln für die Befriedigung der verdrängten Beamten „beklagen“ muß!

Armut ist keine Schande; Rechtsbruch aber ist eine Schande, sogar eine tödliche!

Der Artikel 131 enthält ein Versprechen, das die Bundesrepublik einlösen muß, besonders da sie es mit dem Verbot des Klagewegs, diesem außergewöhnlichen und undemokratischen Verbot, doppelt verbindlich gemacht hat.

A. K—do.

Burgfrieden in Belgien?

dmt. Brüssel, 19. April

Durch die Schwierigkeiten, die mit der Königsfrage in Belgien heraufbeschworen wurden, ist die Regierungstätigkeit fast lahmgelegt worden. Dringende Angelegenheiten warten auf ihre Erledigung, so daß die belgischen Liberalen

jetzt einen Burgfrieden zwischen den Parteien gefordert haben, um einer Regierung die Erledigung dringender Fragen zu ermöglichen. Sie haben vorgeschlagen, die Königsfrage dann erst später zu entscheiden. Inzwischen wird von Zee-land, der seine Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung fortgesetzt hat, am Mittwoch dem Prinzenregenten über das Ergebnis seiner bisherigen Verhandlungen berichten.

Die liberalen Mitglieder der Regierung Eyskens haben am Dienstag über die Vorschläge König Leopolds beraten und wollen die Beteiligung der Liberalen an einer neuen Regierung davon abhängig machen, daß König Leopold Zusicherungen gibt, seine Vollmacht tatsächlich seinem Sohn Baudoin zu überfragen, falls das Parlament ihn zurückrufen sollte.

Bundestagsabgeordnete in New York

dpa. New York, 19. April

15 Bundestagsabgeordnete sind am Dienstagabend zu einem fünfwöchigen Besuch in New York eingetroffen. Sie flogen von dort gleich nach Washington weiter, wo sie zwei Wochen die Arbeit des Kongresses beobachten sollen. Später werden die Abgeordneten Einblick in das öffentliche Leben der Staaten erhalten. Der deutschen Delegation gehören Abgeordnete von CDU/CSU, SPD, FDP, Bayernpartei, Deutscher Partei und Zentrum an. Dr. Gerd Bucerius ist Leiter der Delegation. Für den Abgeordneten der Deutschen Partei, Adolf Ahrens, bedeutet der Besuch ein Wiedersehen mit New York, das er vor dem Kriege als Kommodore der „Bremen“ oft angefahren hat.

Beamtengefeß „vorläufig abgelehnt“

dpa. Bonn, 19. April

Die alliierte Hohe Kommission hat das vom Bundestag beschlossene Beamtengefeß „vorläufig abgelehnt“. Wie am Dienstagabend offiziell in Bonn bekanntgegeben wurde, ist versucht worden, in einer über fünf Stunden dauernden Besprechung zwischen deutschen und alliierten Vertretern die verschiedenen Ansichten klarzustellen.

Das deutsche Volk nicht antijüdisch

dmt. Frankfurt, 19. April

In einer Stellungnahme zu den antijüdischen Kundgebungen in Hamburg und Frankfurt erklärte der amerikanische Hohe Kommissar Mc Cloy, das deutsche Volk als Gesamtheit könne für diese Vorfälle nicht verantwortlich gemacht werden. Leider schadeten solche Ausschreitungen aber dem Wohlergehen Deutschlands, so daß ihnen unbedingt ein Ende bereitet werden müsse.

Die Wahlen in der jugoslawischen Zone von Triest haben nach einer Meldung des Belgrader Rundfunks eine große Mehrheit für Marshall Tito ergeben. Rund 90 Prozent der Wähler haben danach für die Volksfront gestimmt.

Die Seite der Heimat

Halver, 19. April 1950

Hausputz

Die Hausfrauen läuten den Frühling auf ihre Art ein. Wenn die Mittagsonne durch die gelbgewordenen Gardinen kriecht und den Tanz der Staubkringel auf dem Büfett unliebsam beleuchtet, werden die Hausfrauen unruhig. Es juckt ihnen in den Fingern, ihr Reinigungseifer schlägt mächtige Wogen, und sie beschließen, den Winter nun endgültig mit einer wohlbedachten Putzkur auszuräumen.

Dagegen kann niemand etwas machen. Vor dem Wort „Hausputz“ muß auch der diktatorischste Gatte seine Waffen strecken, denn das lenzliche Großreinemachen läßt sich nun mal keine Hausfrau nehmen. Es ist gut, sich beizeiten nach einer entlegenen Beschäftigung umzusehen und eine sanfte Duldermiene bereitzuhalten, denn die unabwendbare Schlacht dauert für gewöhnlich fünf Tage. Die Deiche zufriedener Häuslichkeit sind gebrochen, das Putzwasser rauscht klatschend über die Dielen und züngelt verräterisch nach hilflos im Wege stehenden Möbelschreibern. Die Möbel sind mitten ins Zimmer gerückt, die Putztücher fahren überall dort hin, wo sonst kein vernünftiger Mensch nachschaut, die Ehebetten recken sich behaglich auf der Frühlingswiese, das Mittagessen bruzzelt nebensächlich im Backofen, die Bleiche klappert ein aufgeregtes Alarmsignal, und die Teppichklopfer schlagen den unheimlich dumpfen Takt dazu.

Wehe dem Mann, der die Nerven dabei verliert und sich über angebrannte Kartoffeln oder verlegte Tabakdosen beklagen will! Er läuft Gefahr, im Putzwasser die Stärke seiner Hemdbrust zu verlieren oder das Sonntagsgeschirr am frischgeschauerten Boden zerschellt zu sehen. Nach fünf Tagen aber ist alles überstanden. Der Ehefriede kehrt still in frischgebohnte Räume zurück, die Häuslichkeit nimmt wieder in entstaubten Sesseln Platz, und die Frühlingsonne darf lachend durch die blanken Scheiben feststellen, daß nun alles getan ist, um das lenzliche Blüten auf eine saubere Erde herabzuleiten zu lassen.

Ja, ja, wenn wir die Hausfrauen nicht hätten!

× **Termin für Anträge auf Steuerrückerstattung verlängert.** Die ursprünglich am 31. März abgelaufene Frist für die Einreichung von Anträgen für Steuerrückerstattungen aus 1949 ist bis zum 31. Mai d. J. verlängert worden. — Ebenso ist die Gültigkeit der Pauschalen, die auf den Steuerkarten der Flüchtlinge, Bombengeschädigten usw. mit Fristsetzung bis zum 30. 4. d. J. auf Antrag eingetragen worden sind, zunächst bis zum 31. Mai verlängert worden.

□ **Noch keine Schiffspilgerreisen nach Rom.** Das Sekretariat des deutschen Nationalkomitees für das Heilige Jahr in Leverkusen, das für die Rom-Pilgerreisen des gesamten west- und norddeutschen Raums zuständig ist, teilt mit, daß für Schiffspilgerreisen nach Rom zur Zeit noch nicht die notwendigen Devisen zur Verfügung stehen. Ueber größere Devisenzuteilungen finden zur Zeit Verhandlungen statt. Die deutsche, schweizerische und italienische Eisenbahn kommen den deutschen Pilgern in der Reisekostenberechnung am weitesten entgegen. Die italienische Staatsbahn gewährt Fahrpreisermäßigungen von 70 Prozent. Alle geplanten Pilgerzüge sind bis Ende Juli bereits ausverkauft. Der erste Zug, für den noch Plätze zur Verfügung stehen, fährt am 27. Juli. Das deutsche Nationalkomitee will darüber hinaus weitere Pilgerzüge einsetzen.

□ **Lohnsteuer wird im Juni zurückerstattet.** Mit dem neuen Einkommensteuergesetz, dessen Wirksamwerden noch vor dem 20. April erwarteten Entscheid der Hohen Kommissare abhängt, wird auch eine Verordnung in Kraft treten, nach der die in den ersten Monaten des Jahres zuviel bezahlte Lohnsteuer zurückerstattet wird. Bei der Lohnberechnung für Juni zieht der Arbeitgeber die zuviel abgeführte Lohnsteuer von der für Juni fälligen Lohnsteuer ab. Falls diese niedriger ist als das „Steuerguthaben“ wird der zuviel eingezahlte Betrag durch das Finanzamt zurückerstattet.

Halver

Ein Frühlingsfliegen der Brieftauben

Am letzten Sonntag fanden die ersten größeren Flüge der Brieftauben des hiesigen Bezirks statt. Milspers und Schwelmer Züchter ließen etwa 150 Tauben auf der Elberfelder Straße aufsteigen, die bereits nach einem kurzen Rundflug sofort in Richtung Heimat davonflogen. Am kommenden Sonntag werden auch die Halverer Brieftauben zu ihrem ersten Flug, gewissermaßen Uebungsflug, in Kreuztal aufsteigen, um zu zeigen, daß sie nach den Wintermonaten in der Lage sind, ihren heimatlichen Stall in kürzester Zeit wiederzufinden. In den nächsten Wochen werden an jedem Wochenende Uebungsflüge durchgeführt werden, die Tiere müssen in den kommenden Sommermonaten, wenn die großen Touren geflogen werden sollen, trainiert sein.

Ein leichter Verkehrsunfall

Hier verunglückte gestern ein Hagener Kaufmann, der mit seinem Wagen von Lüdenscheid nach Radevormwald fahren wollte. Ohne jeden ersichtlichen Grund fuhr er plötzlich gegen einen Straßenstein, dieser stürzte um und erst ein solider Straßenbaum konnte den Ausbrecher zum Stehen bringen. An diesem Hindernis stieß sich der Volkswagen, um einen solchen handelte es sich, die Vorderfront ein. Der Fahrer und ein weiterer Insasse erlitten Verletzungen. Der Beifahrer mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Wagen wurde ziemlich beschädigt und mußte abgeschleppt werden. Dabei handelte es sich um einen Wagen, der sich auf der Jungfernfahrt befand. Er war erst am Vortage aus dem Volkswagenwerk in Wolfsburg abgeholt worden.

„Es hängt wieder!“

Das Schild nämlich, auf dem man eingangs des Langenscheider Weges lesen konnte, daß

Die i-Männchen rüdten an

Ein entscheidener Lebensabschnitt für Eltern und Kinder hat begonnen

Also lautet ein Beschluß, daß der Mensch was lernen muß. Das kann auch den kleinen i-Männchen nicht erspart bleiben, die gestern morgen zum ersten Mal den Weg in die Schule machten, um zu lernen, was es so durch diese Einrichtung zu lernen gibt. Stolz marschierten sie an der Hand der Mutter oder des Vaters oder gar zwischen beiden. Der Schulranzen glänzte neu, die Schultüte leuchtete nicht minder schön, und die leichte Beklommenheit, die dieses oder jenes Kind erfaßte, versuchte es hinter einer möglichst zuversichtlichen Miene zu verbergen.

In den Schulfuren war ein gewaltiges Gequirl, Gerenne und Gedränge. Besorgte Eltern suchten die richtige Klasse, Neugierige aus allen anderen Klassen strömten zusammen, um die „Neuen“ zu mustern, Lehrer stemmten sich gegen den Strom, kurz, an neuen Eindrücken wurde den Kleinen gleich allerhand geboten.

Der große Augenblick ist da

Die erste Schulstunde ist eigentlich die Stunde der Eltern. Zwar sitzen die Kleinen schon in den für sie bestimmten Bänken, aber die Eltern stehen noch dabei, und die Hand an Mutters Rock oder an Vaters Mantel verleiht noch das Gefühl einiger Sicherheit. Es ist die Rede vom Schulbeginn, der Lehrer erzählt etwas von Elternhaus und Schule, von Heften, Grifeln, Kreide und Tafel, aber das geht einen ja noch nichts an. Verstohlen mustern die einen oder andern den Nachbarn, den der Zufall auf dieselbe Bank und in dieselbe Klasse geführt hat, bis schließlich der Namensaufruf Aufmerk-

samkeit fordert. Zum ersten Mal darf man den Finger heben, ein großer Augenblick.

Und schließlich, schließlich ist alles besprochen, lang und breit und hin und her erörtert worden, es hilft nichts, die Eltern müssen gehen. Plötzlich ist Mutters Rock nicht mehr da. Vaters Wintermantel verschwindet gerade durch die Tür. Man ist auf sich gestellt. Der Unterricht beginnt.

In einer neuen Klasse

Und die größeren Schüler? — Für sie sind die Ferien vorbei. Ein neues Schuljahr beginnt in einer neuen Klasse. Und wie ist diese neue Klasse? Da ist einmal wichtig, wie die Bänke stehen, ob es sich nicht empfiehlt, die großen Bänke nach vorn und die kleinen nach hinten zu rücken, um eine bessere Deckung gegen das Podium zu schaffen. Wichtig ist, ob das Lehrzimmer oder der Raum des Direktors im selben Stockwerk liegt, ob der Flur übersichtlich ist, ob die früheren Inhaber der Klasse etwas vergessen haben. Wichtig ist der neue Stundenplan usw. usw.

Die Schule beginnt für die einen. Ein neues Schuljahr beginnt für die andern. Die einen treten in einen entscheidenden Lebensabschnitt ein, aber auch für die andern ist der Beginn eines neuen Schuljahres ein großer Schritt. Es ist das Ziel der Erziehung, aus dem Menschen einen guten Staatsbürger, ein wertvolles Glied der Gemeinschaft zu machen. Der Mensch muß etwas lernen. Die Schule ist der Weg zum Wissen.



Mutti notiert die Zeiten des Schulbeginns
Fotos: Breitbach

Kierspe

Ehre dem Alter

Am gestrigen 18. April feierte August Baukloh, Büschelweg, seinen 78. Geburtstag. Am gleichen Tage vollendete sein Bruder Gustav Baukloh in Felderhof sein 75. Lebensjahr. Den beiden Altersjubilaren unsern herzlichsten Glückwunsch!

Silbernes Arbeitsjubiläum

Ein Zeichen echter Verbundenheit zwischen Führung und Gefolgschaft war eine Feier aus Anlaß der 25jährigen Gefolgschaftstreue des Kraftfahrers Fritz Wollert bei der Mehlgroßhandlung Adolf Vollmann in Kierspe. Das silberne Jubiläum hatte Inhaber und Belegschaft zu einer frohen Feier vereint. Der Jubilar begann vor 25 Jahren seine Tätigkeit in Kierspe als Pferdefuhrmann, hat oft die Peitsche geschwungen und das schöne Lied vom „stolzen Fuhrmann“ angestimmt. Seit Jahren führt er einen Lastwagen und hat zu der Entwicklung und dem Aufstieg des Unternehmens das seine getan.

Rönsahl

Die Heimatzeitung gratuliert

Das seltene Fest der goldenen Hochzeit feiern am 21. ds. Mts. die Eheleute Steinbrink in Löh bei Rönsahl. Das Jubelpaar hat sich seit langem auf diesen schönen Tag gefreut. Auch wir wünschen Ihnen noch viele schöne und zufriedene gemeinsame Lebensjahre.

Ewald Rendel aus der Inneren Mission in Rönsahl vollendete am 17. ds. Mts. sein 91. Lebensjahr. Auch ihm gilt unser Glückwunsch.

Internierten-Unterstützung bewilligt

Die Versorgung der Angehörigen von Kriegsgefangenen sichergestellt

Die Versorgung der Familienangehörigen von Kriegsgefangenen und Internierten ist nunmehr sichergestellt, nachdem der Bundesrat dem vom Bundestag am 27. März verabschiedeten Gesetz über diese Unterhaltsbeihilfe seine Zustimmung gegeben hat. Die Ehefrau und die sonstigen unterhaltsberechtigten Angehörigen und Hinterbliebenen eines Kriegsgefangenen oder Internierten, die sich nach dem 31. März 1950 noch in Kriegsgefangenschaft oder Haft befinden, erhalten auf Antrag eine Unterhaltsbeihilfe in gleicher Höhe, wie sie den Kriegshinterbliebenen nach dem geltenden Recht gezahlt wird. Die Beihilfe wird vom 1. des Monats an gewährt, in dem der Antrag gestellt wurde. Der Anspruch besteht nur insoweit, als nicht schon anderweitige Bezüge aus öffentlichen Mitteln zugesprochen sind. Er erlischt mit Ablauf des auf die Heimkehr des Kriegsgefangenen folgenden Monats. Das Gesetz ist mit dem 1. April 1950 in Kraft getreten. □

Ausgeglichener Haushaltsplan in Rönsahl

Wupper-Sieg trägt zur Verkehrsverbesserung in Rönsahl bei

Zu einer ordentlichen Sitzung waren die Vertreter der Gemeinde Rönsahl zum Hotel „Zur Ley“ eingeladen worden.

Die formelle Feststellung der Gültigkeit der durchgeführten Bürgermeisterwahl mit 225 gegen 330 Stimmen wurde von der Vertretung anerkannt. Zum stellvertretenden Bürgermeister wurde der Gemeindevorteiler Louis Vormann aus Rönsahl einstimmig gewählt, der auch die Wahl annahm. Der Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde für 1949 wurde gutgeheißen. Der Haushaltsplan für 1949 schließt nunmehr in Einnahme und Ausgabe mit 120.017,50 DM ab. Der ursprüngliche Fehlbetrag von 10.726 DM konnte durch Mehreinnahmen und Minderausgaben — durch Zurückstellung einiger bereits vorgesehener Arbeiten beim Wasserwerk — ausgeglichen werden.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes für die Ausweisung des Siedlungsgeländes in Rönsahl „vor der Höh“, wurde der Vertretung zur Begutachtung vorgelegt. Nach längerer Aussprache wurde der Plan in seiner jetzigen Ausführung anerkannt und seine schnelle Durchführung, die für die Gemeinde bzw. für die Allgemeinheit von größter wirtschaftlicher Bedeutung ist, empfohlen. Es bedurfte vieler Anstrengungen, um endlich zu diesem ersten Teilergebnis zu gelangen. Nun hat die Öffentlichkeit zu entscheiden, da der Plan ab 20. ds. Mts. im Dienstzimmer

des Bürgermeisters zur Einsichtnahme aufliegt. Hier können auch sofort Einwände usw. schriftlich gemacht werden.

Zu Punkt „Verschiedenes“ erhielt die Vertretung Kenntnis eines Schreibens der Verkehrs-gesellschaft Wupper-Sieg AG, Wipperfürth, in welchem diese Mitteilung von einer größeren Verkehrsverbesserung in Rönsahl macht. Es heißt in demselben u. a., daß mit der Einführung des Sommerfahrplanes am 15. 5. der Verkehrswunsch, einen Frühomnibus von Rönsahl nach Kierspe und zurück einzulegen, in Erfüllung geht. Der Omnibus wird um 6.40 Uhr in Kierspe den Zuganschlus nach Hagen berücksichtigen. Gleichzeitig wird der Gegenzug von Hagen abgewartet werden. Der Omnibus fährt dann 7.10 Uhr von Kierspe über Rönsahl nach Wipperfürth, wo die Anschlüsse nach Köln, Remscheid, Wermelskirchen, Lennep usw. zu erreichen sind. Die Vertretung nahm mit Dank diese Mitteilung entgegen. Weiterhin wurde einstimmig als Jugendpfleger für die Gemeinde der Gemeindevorteiler L. Vormann, Rönsahl, gewählt.

In der Stunde der Öffentlichkeit wurde auf das zu schnelle Fahren des Durchgangsverkehrs durch die geschlossene Ortschaft Rönsahl mit Recht hingewiesen. Die Verwaltung wurde gebeten, an zuständiger Stelle dieserhalb vorstellig zu werden. Nach Beantwortung weiterer Fragen folgte eine nichtöffentliche Sitzung.



Die Kinder blickten fröhlich drein und sorgenvoll die Eltern — Vati gibt letzte Verhaltensmaßregeln für seinen Jüngsten

hier die Von-Vincke-Straße verläuft. Gehangen hatte es zwar bisher auch, nur baumelte es an einem Baum, mit dem Kopf nach unten. Wir hatten in einer unserer letzten Ausgaben darauf hingewiesen. Ein Fremder hätte immerhin der irrigen Meinung sein können, daß in Halver die Straßen an Baumstämmen entlang verlaufen. Jetzt ist dieser Irrtum ausgeschlossen, das Schild prangt wieder an seiner alten Stelle und die Von-Vincke-Straße verläuft auch hier wieder horizontal, wie es sich für eine richtige Straße gehört.

Wann bekommt Halver sein Telefonhäuschen wieder?

Einige Jahre vor dem zweiten Weltkriege war auch in Halver gegenüber dem „Runden Eck“ ein Telefonhäuschen aufgestellt worden, das sich allgemeiner Beliebtheit erfreute, und sehr rege benutzt wurde. Durch den Krieg und die Nachkriegsjahre kam dieses Häuschen etwas in Vergessenheit und wurde schließlich, weil es auch arg mitgenommen worden war, abgebaut und wird sicherlich in einer anderen Stadt den gleichen Dienst versehen. Uns Halveranern ist aber dadurch nicht geholfen. Die einzige öffentliche Telefonzelle, die wir zur Zeit noch haben, ist im Vorraum des Postamts angebracht, also nur tagsüber von 7 bis 19 Uhr zu benutzen. In der übrigen Zeit muß jeder versuchen, in irgend einer Wirtschaft oder an einem Privatapparat zu telefonieren. Vielleicht wäre es doch jetzt wieder an der Zeit, in Halver eine zweite „Öffentliche“ aufzustellen, die entweder am „Runden Eck“ oder an der Ley ihren Platz finden müßte.

Jugendgruppe IG „Metall“ gegründet

Wie uns mitgeteilt wird, haben sich verschiedene jugendliche Arbeiter, die im metallverarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind, zu einer Jugendgruppe IG „Metall“ zusammengeschlossen. Fachliche Weiterbildung sowie beruflicher Gedankenaustausch sollen neben Unterhaltung und Gesang in dieser Jugendgruppe gefördert werden, die jeden Donnerstag im Jugendheim an der Karlshöhe zusammenkommt.

Dedinghausen / Carthausen

Gewerkschaftlicher Vertrauensmann gewählt

In einer Betriebsräteversammlung, die die Industriegewerkschaft „Metall“ in Halver in Oekinghausen-Carthausen aufgezogen hatte, wurde Gemeindevorteiler Paul Haase zum gewerkschaftlichen Vertrauensmann für die beiden Ortschaften Oekinghausen-Carthausen gewählt. Es wurde vorgesehen, auch hier in Zukunft eine entsprechende Schulung der Betriebsräte durchzuführen, damit der weite Weg nach Halver gespart wird.

Schaltmühle

Mieterhöhungen um etwa 4,2 Prozent

Wie in allen Gemeinden des Kreises Altena hat auch die Gemeindevertretung Schalksmühle

Betersberg reagiert unfreundlich

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 18. April

Die Äußerung von Bundeskanzler Dr. Adenauer in seinem Reuter-Interview, der Beitritt zum Europarat bedeute für die Deutschen „ein Risiko“, wurde auf dem Petersberg nicht allzu freundlich aufgenommen. Es sei nicht ohne weiteres klar, woran der Bundeskanzler denke, wenn er von Kompensationen spreche, die die Alliierten Deutschland als Gegengabe für dieses Risiko anbieten sollten. Auf alliierter Seite bestehe jedenfalls nicht die Bereitschaft, Deutschlands Beitritt mit irgendwelchen Konzessionen auf anderen Gebieten auszuhandeln. Es handle sich jetzt eindeutig darum, ob sich die Bundesrepublik auch praktisch zu Europa bekenne oder nicht. Man sei in Bonn schlecht beraten, wenn man den Bogen überspanne. Der Weg nach Straßburg sei nichts anderes als ein Weg aus der Isolierung.

Handelsvertrag mit Jugoslawien

Von unseren Bonner Büro

dl. Bonn, 18. April

Der Ende Dezember 1949 paraphierte deutsch-jugoslawische Handelsvertrag ist heute unterzeichnet worden. Damit dürfte auch die Frage nach dem Schicksal der noch in Jugoslawien befindlichen deutschen Kriegsgefangenen einer Lösung zugeführt werden. Jedenfalls hegt die Bundesregierung berechtigte Hoffnung, daß eine Bereinigung dieser Frage in absehbarer Zeit erfolgt. Sie lehnt es jedoch ab, sich hierbei für Personen einzusetzen, die eine persönliche Blutschuld auf sich geladen haben.

Geständnis der „blonden Venus“

dpa, Salzburg, 19. April

Die 23jährige Berliner Masseurin Gisela Sell gestand am Dienstag vor einem amerikanischen Besatzungsgericht in Salzburg, von dem sowjetischen Hauptmann Orlov persönlich Aufträge entgegengenommen zu haben. Sie ist angeklagt, bestimmte heimtückische Personen in die Hände der sowjetischen Polizei gelockt zu haben. Ihr neues Geständnis ist das dritte. Das erste Geständnis zog die „blonde Venus“ später zurück, und das zweite wurde von dem amerikanischen Gerichtshof nicht als Beweismittel zugelassen, nachdem der Verteidiger erklärt hatte, es sei mit Hilfe illegaler Methoden zustandekommen. Gleichzeitig mit Gisela Sell sind zwei Männer angeklagt. Sie werden beschuldigt, die Entführung eines russischen Flüchtlings aus der Westzone Oesterreichs geplant zu haben.

Chinas letzter Kaiser im KZ

dpa, Tokio, 19. April

Der letzte Inhaber des Drachenthrons in Peking, der spätere Kaiser Kangteh von Mandschukuo, lebt als Sowjetgefangener in einem Konzentrationslager in der Nähe der ostsibirischen Stadt Chabarowsk. Diese Mitteilung machte der ehemalige Gouverneur der östlichen Mandchurei, Mitani, der am Montag mit einem Transport entlassener japanischer Kriegsgefangener aus der Sowjetunion in Japan ankam. — Kaiser Kangteh, der nach dem Sturz der letzten chinesischen Dynastie im Jahre 1912 in Tientsin unter dem Namen eines Mr. Henry Puyi lebte, war von den Japanern 1934 als Kaiser des von ihnen gegründeten Marionettenstaates Mandschukuo eingesetzt worden. 1909 war er im Alter von drei Jahren Kaiser von China geworden. Sein zweites Kaiserium fand ein Ende, als die Sowjetarmeen 1945 in die Mandchurei einrückten und sich seiner bemächtigten. Der Ex-Kaiser soll in einer einfachen Baracke hausen und ohne besondere Rücksicht auf seine Herkunft behandelt werden.

Reichlich weitgehend

In einer Denkschrift, die der „Jüdische Weltkongress“ dem USA-Außenministerium zuleitete, wird die Bildung der deutschen Bun-

Die Ostsee wurde zur Piratensee

Sowjetrussischer Anspruch auf Alleinherrschaft

Von unserem Mitarbeiter

me. Stockholm, 14. April

Im Zusammenhang mit dem mysteriösen Verschwinden des USA-Flugzeuges beschäftigt sich die schwedische Öffentlichkeit wieder einmal leidenschaftlich mit der Kaper- und Piratentätigkeit der Sowjettruppen. Friedliche Fischer werden mit der Begründung gekapert, sie hielten sich zu Spionagezwecken absichtlich in der Nähe sowjetischer Flottenverbände auf und wollten Zeugen der fortgesetzten Schießübungen werden. Wenn aber einmal zufällig keine Manöver stattfinden, so erfolgt trotzdem ein Aufbringen, um so möglichst einfach und billig in den Besitz großer Mengen gefangener Fische zu gelangen. Moskau nimmt heute die unbeschränkte Herrschaft über die Ostsee ganz allein für sich in Anspruch, und zwar mit erklärlichem Grund!

Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß die Sowjets in Warnemünde und Peenemünde frühere deutsche Rüstungsindustrien von Grund auf neu aufbauten und eine Rüstungs- und Angriffsbasis allergrößten Ausmaßes errichteten. Es ist noch ein Geheimnis, was innerhalb der Sperrzonen vor sich geht. Man weiß nur, daß deutsche Raketenbomben die Hauptrolle spielen. Es ist verständlich, daß ein Raketen-Probefeuern über Land bei der nahen Nachbarschaft von Engländern und Amerikanern unangebracht erscheint. Also verlegten die Sowjets

diese Versuche in den Raum über der Ostsee, die deshalb als Schießplatz für den Krimi von ganz außerordentlicher Bedeutung ist und in den eigentlichen Machtbereich mit einbezogen wurde.

Um in diesen Wassern möglichst unter sich zu sein, haben die Sowjets nach Saßnitz, Stralsund und Rostock stärkere Einheiten der roten Flotte verlegt, die sich fortgesetzt in höchster Alarmbereitschaft befinden. Unter den deutschen Ostseefischern ist es die Regel, beim Erblicken sowjet-russischer Fahrzeuge unverzüglich die Heimfahrt anzutreten. Bei den Kaperfällen kann nicht von Uebergriffen untergeordneter Stellen gesprochen werden, da in Skandinavien vorhandene, photokopierte Geheimbefehle der Admiralität ausdrücklich Anweisung geben, sämtliche in der Ostsee angelegten Fischerboote, gleich welcher Nationalität, wegen Spionageverdacht in Schlepp zu nehmen und im nächsten sowjetisch besetzten Ostseehafen abzuliefern.

Es geht aber den Sowjets auch darum, billige Fische zu bekommen. Die Ostzone hat nicht allzu viele Fischer und die Fischversorgung der Zone ist recht mangelhaft. Deshalb gab man Fischern der Ostzone das Recht, Ostseehäfen im Falle von Sturm, Motordefekten oder Krankheit anzulaufen. Vermeiden die westdeutschen Fischer aber lange den Besuch der Ostseehäfen, dann wird das Schiff gestellt und eingebracht.

Commonwealth zu bleiben, aber die Beziehung zur englischen Krone lösen will. Die englischen Ansprüche beruhen aber gerade auf dem Umstand, daß die drei Protektorate seiner Zeit den Schutz des englischen Königs (gegen die Buren) angerufen und erhalten hatten, mithin unter dem Schutz der englischen Krone stehen. Die Londoner Blätter haben also recht, wenn sie sagen, daß das Problem Seretse Khama im Vergleich mit dem jetzt auftretenden Problem ein Kinderspiel ist.

Japanische Generale entschuldigen sich

dmt, Tokio, 17. April

31 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrende japanische Generale veröffentlichten am Montag eine Erklärung, in der sie sich dafür entschuldigten, daß der Krieg von Japan verloren wurde. Sie entstammten einem Transport von 1600 Kriegsgefangenen aus Sibirien, dem noch ein weiterer mit 1300 folgen soll. Nach japanischen Schätzungen sind immer noch 360 000 Japaner in der Sowjetunion in Kriegsgefangenschaft oder vermißt.

Heuß dankt dem CVJM

Von unserem Bonner Büro

dl. Bonn, 17. April

Generalsekretär Dr. Strong des Weltbundes der CVJM, der großen Jugendorganisation, die die Kriegsgefangenenbetreuung in allen Ländern außer Rußland durchgeführt hat, wird auf Einladung von Bundespräsident Heuß diesem am Mittwoch einen Besuch abstatten. Dr. Strong, der anschließend Besprechungen mit Flüchtlingsminister Lukaschek hat, ist am Donnerstagvormittag bei Bundeskanzler Dr. Adenauer zu Gast. Der Bundespräsident und der Bundeskanzler wollen Mr. Strong für die Arbeit des CVJM den Dank des deutschen Volkes aussprechen. Dr. Strong kommt soeben von einer Informationsreise aus den Flüchtlingsgebieten des mittleren Ostens zurück, wo er Palästina, Libanon, Syrien, Transjordanien und Ägypten besuchte.

Ein britisches Bataillon steht im Bundesgebiet bereit, um sofort mit Flugzeugen nach Berlin geflogen zu werden, falls es dort bei dem FDJ-Pfingsttreffen zu Zwischenfällen mit Sowjetzonen-Organisationen kommen sollte.

Verkehr mit Sowjetzone

Die Erfahrungen der letzten Monate zeigen, daß die Bestimmungen über den Interzonenhandelsverkehr mit der sowjetischen Besatzungszone weitgehend unbekannt sind. Infolgedessen erleiden häufig Handelsfirmen und Privatpersonen Vermögensverluste, da Waren, die unter Außerachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zonengrenzen bewegt werden, beim Aufgriff durch den Zonengrenzdienst der Beschlagnahme und Einziehung unterliegen. Der Regierungspräsident weist daher auf folgendes hin:

1. Grundsätzlich dürfen Vermögenswerte nur mit einem Warenbegleitschein über die Zonengrenze gebracht werden. Von der Warenbegleitscheinplicht ausgenommen ist lediglich die „übliche persönliche Habe“, das sind solche Gegenstände, wie sie für einen Reisenden bei der Einreise in das Gebiet, beim Aufenthalt daselbst oder bei der Ausreise aus dem Gebiet als notwendig angesehen werden.

2. Die Vermögenswerte müssen beim Grenzübertritt angemeldet, d. h. die Warenbegleitscheine müssen unaufgefordert dem Zollbeamten vorgezeigt werden. Nachträgliches Vorzeigen und Beibringen von Warenbegleitscheinen ist bedeutungslos.

3. Der Inhalt der Ladung muß mit dem Warenbegleitschein übereinstimmen, d. h. es darf keine andere Ware geladen sein als im Warenbegleitschein zugelassen ist, und die Ladung muß nach Stückzahl und Gewicht mit dem Warenbegleitschein übereinstimmen.

4. Vermögenswerte, die unter Verletzung dieser Vorschriften über die Zonengrenze bewegt werden, werden vom Zollgrenzdienst beschlagnahmt. Die Entscheidungsbefugnis über Anträge auf Freigabe ist von der britischen Mil.-Regierung dem Herrn Minister für Wirtschaft und Verkehr Niedersachsen Hannover, Hohenzollernstraße 46, übertragen worden, und zwar auch für Waren der Ernährungswirtschaft. Dieser hat die Entscheidungsbefugnis im Einverständnis mit dem Herrn Landeskommissar in Hannover mit Wirkung vom 1. 1. 1950 auf den Herrn Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks in Braunschweig und die Herren Regierungspräsidenten in Hildesheim und Lüneburg übertragen.

Noch zwölf deutsche Diakonissen in Ostpreußen. Noch zwölf Diakonissen des früheren Königsberger Diakonissenhauses, das Ende 1949 in Berlin-Nikolassee eine neue Heimstätte fand, sind heute in Ostpreußen tätig, während 290 Schwestern in den Ost- und Westzonen auf sieben verschiedenen Plätzen arbeiten.

Prinz Bernhard auf der Jagd in der Eifel. Prinz Bernhard, der Gemahl der holländischen Königin Juliana, bereitet sich auf Einladung des französischen Landeskommissars für Rheinland-Pfalz, auf Jagd in der Eifel vor.

Abendmahlswein für die Sowjetzone. Die Weinbaugemeinden der Pfälzischen Landeskirche haben dem Aufruf, Abendmahlswein für die evangelischen Gemeinden der sowjetischen Zone zu spenden, in erfreulichem Umfang Folge geleistet.

Wetterbericht

Unbeständig

Von Frankreich wandert ein Tiefdruckgebiet über Süddeutschland ostwärts, das neue kühle ozeanische Luftmassen heranzführt. Ein nachfolgender Hochdruckkeil läßt wieder langsame Wetterberuhigung erwarten.

Vorhersage: Lebhaft auf Nord drehende Winde, stark bewölkt und vielfach Schauer, im Hochsauerland teilweise Schneeschauer. Tagestemperaturen im Flachland 10 bis 12 Grad, im Hochsauerland 3 bis 5 Grad. Weitere Aussichten: Vorübergehende Beruhigung und Bewölkungsrückgang.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver, Kirchstraße 5, Fernruf Halver 442. Hauptverteilung: Dr. Düsenberg. Lokale Schriftleitung: Werner Bell, Halver. Erscheint werktäglich. Postverlagsort: Halver i W

Die in den Schulen der Gemeinde Halver eingeführten nicht vorrätigen neuen Lehrbücher besorgt in kürzester Frist die

BUCHHANDLUNG
Wilh. Bell jr.
Halver

Bekanntmachung

1. Der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat auf Antrag der Erzbischöfe von Köln und Paderborn und der Bischöfe von Aachen und Münster mit Zustimmung des Kultusministers durch Erlaß vom 6. April 1950 S 2270—3340/VC die Verwaltung der katholischen Kirchensteuer im Lande Nordrhein-Westfalen, soweit sie als Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) erhoben wird, vom 1. April 1950 an auf die Finanzämter des Landes Nordrhein-Westfalen übertragen.

Auf diese Kirchensteuer finden gemäß § 3 des Gesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern im Lande Nordrhein-Westfalen vom 15. 2. 1950 die für die Einkommensteuer (Lohnsteuer) geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

2. Danach wird die katholische Kirchensteuer erhoben:

- von den im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften Lohnsteuerpflichtigen im Lohnabzugsverfahren, wenn die Lohnsteuer innerhalb des Landes Nordrhein-Westfalen einbehalten wird, und zwar:
 - bei laufendem Arbeitslohn von dem Arbeitslohn, der für einen nach dem 31. März 1950 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird,
 - bei sonstigen Bezügen für Bezüge, die dem Arbeitnehmer nach dem 31. März 1950 zufließen;
- von den im Lande Nordrhein-Westfalen wohnhaften zur Einkommensteuer veranlagungspflichtigen Personen durch Entrichtung eines Zuschlages zur Einkommensteuer.

Der Zuschlag ist mit den vierteljährlichen Einkommensteuervorauszahlungen zu entrichten. Die hiernach zu leistenden Kirchensteuervorauszahlungen sind erstmals mit der Einkommen-

2 weiße eiserne Bettstellen à DM 10.-
1 Bollerwagen DM 5.-
1 neuer Herrenhut Größe 55 DM 5.-
1 Paar hohe Filzschuhe Gr. 44 DM 7.-
abzugeben.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Anzeigers

Weg. vordringl. Ersatzbeschaffungen verk. ich einz. priv. Berugsstücke:

1 Gemälde, echter Graboné „Fernpass“, 1 Andrees-Handatlas, Spitzenwerk, noch unerschädigt, 1 fast neuer Lamm-Pelzmantel, mod. faconiert, Gr. 42-44, Belege, Bescheinigungen anbei. HOFFMANN, Halver, Marktstr. 11

steuer-Vorauszahlung für das 2. Kalendervierteljahr 1950 zu entrichten.

Die Veranlagungen zur Kirchensteuer werden jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres zusammen mit der Einkommensteuerveranlagung, erstmals für 1950, durchgeführt.

Zu a und b:

Die Zahlungen sind an die für die Entrichtung der Einkommensteuer und für die Abführung der Lohnsteuer zuständigen Finanzämter zu leisten. Die Arbeitgeber sind zur Einbehaltung, Anmeldung und Abführung der Kirchensteuer im Lohnabzugsverfahren nach den für die Lohnsteuer geltenden Bestimmungen verpflichtet.

3. Die Zuständigkeit für die Erhebung von Kirchensteuern, deren Verwaltung nicht auf die Finanzämter übertragen ist, wird hierdurch nicht berührt.

4. a) Der Zuschlag zur Einkommensteuer (Lohnsteuer) beträgt 9,5 v. H. Die im Lohnabzugsverfahren einzubehaltende Kirchensteuer ist aus Tabellen abzulesen. Wird die Lohnsteuer von einzelnen Bezügen nicht nach der Lohnsteuertabelle berechnet (z. B. Sonderbesteuerung der Entlohnung für Mehrarbeit), so wird die Kirchensteuer im Lohnabzugsverfahren unabhängig von der Kirchensteuertabelle durch einen Zuschlag von 9,5 v. H. zu der gesondert errechneten Lohnsteuer erhoben.

4. b) Bis zur Bekanntgabe der neuen Lohnsteuertabellen (etwa Ende April oder Anfang Mai) wird den Arbeitgebern empfohlen, die kath. Kirchensteuer zunächst mit 8 v. H. der Lohnsteuer einzubehalten und abzuführen, die sich nach den zur Zeit noch anzuwendenden ab 21. 6. 1948 gültigen Lohnsteuertabellen ergibt. Die endgültige Berechnung der Kirchensteuer ab 1. 4. 1950 ist nach Bekanntgabe der neuen Lohnsteuertabellen vorzunehmen. Zugleich mit den neuen Lohnsteuertabellen werden auch Kirchensteuertabellen aufgestellt werden, aus denen die einzubehaltenden Kirchensteuerbeträge abgelesen werden können. Etwa zu wenig einbehaltene Kirchensteuer kann neben der Kirchensteuer vom laufenden Arbeitslohn in den beiden folgenden Lohnzahlungszeiträumen nach Bekanntgabe der Tabellen einbehalten und abgeführt werden. Etwa zuviel einbehaltene Kirchensteuer kann bei der Kirchensteuer vom lfd. Arbeitslohn vom ersten Lohnzahlungszeitraum nach Bekanntgabe der Tabellen ab verrechnet werden.

5. Tabellen für die Kirchensteuer im Lohnabzugsverfahren sind nach Veröffentlichung der neuen Lohnsteuertabellen im Buchhandel erhältlich. Merkblätter, die über Einzelheiten unterrichten, werden von den Erzbischöflichen bzw. Bischöflichen Behörden und von den Oberfinanzpräsidenten herausgegeben.

6. Nähere Auskünfte erteilen die Finanzämter und die Erzbischöflichen bzw. Bischöflichen Behörden.

Aachen, Düsseldorf, Köln, Münster, Paderborn, den 6. April 1950.
Die Erzbischöfe von Köln und Paderborn und die Bischöfe von Aachen und Münster.

Die Oberfinanzpräsidenten in Düsseldorf, Köln und Münster.



Kurz vor Vollendung ihres 68. Lebensjahres ging meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Frau Emilie Rutenbeck

geb. Ackermann

nach selbstlosem Leben von uns.

In stiller Trauer:

Gustav Rutenbeck

Else Spieß geb. Rutenbeck

Emil Rutenbeck

Walter Spieß

Elisabeth Rutenbeck geb. Schröder

und 6 Enkelkinder

Schalksmühle, Klagebach 39, den 17. April 1950

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 20. April 1950, 14.30 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Trauerfeier eine halbe Stunde vorher.

KULTURKREIS HALVER

Am Freitag, dem 21. April 1950 um 20 Uhr im Aufenthaltsraum der Firma Heinr. Jung & Sohn, Herpinerweg:

Streifzüge durch die Dolomiten

Ein Farblichtbildervortrag an Hand von über 100 Farblichtbildern des bekannten Wuppertaler Lichtbildners Erwin Schmück.

Dieser Vortrag wird allen Freunden der Natur die unvergleichliche Schönheit und Erhabenheit der hohen Berge zum Erlebnis werden lassen.

Karten an der Abendkasse für Mitgl. 1.- DM für Nichtmitgl. 1.50 DM